

Landespolitischer Bericht

**der SPD-Landtagsabgeordneten
Elke Barth**



Mai 2014



Elke Barth, MdL | Louisenstr. 99 | 61348 Bad Homburg v.d.Höhe

Liebe Genossinnen und Genossen,

gerade hat das neue „Dreamteam“, bestehend aus Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir, die aus deren Perspektive durchweg positive Bilanz der ersten 100 Tage ihrer Regierungsarbeit vorgestellt.

Es wird euch nicht verwundern, dass die SPD eine etwas andere Sichtweise der Dinge hat. Als ersten Gesetzentwurf haben CDU und Grüne einen Entwurf zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes eingebracht, der nach Meinung von Experten und auch der SPD keinen Beitrag zu einem Schulfrieden leisten wird, im Gegenteil: Die Verunsicherung an den Schulen nimmt zu.

Außer der Tatsache, dass wir noch die Scherben der letzten Hessischen Regierung aufzukehren haben - zu Biblis und dem teuren Versagen der damals zuständigen Ministerin Lucia Puttrich haben wir gerade auf Antrag der SPD einen Untersuchungsausschuss eingerichtet - ist viel mehr seit Regierungsbeginn noch nicht passiert. Große Aufregung verursachte der den Hessischen Kommunen am Rosenmontag zugestellte „Herbsterlass“, der die Kommunen sowie ihre Spitzengremien massiv verärgert hat, da er die Städte und Gemeinden weiter finanziell belasten wird. Hessens Städte erwarten zu Recht, dass das Land ihnen im Zuge der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs künftig deutlich mehr Geld zur Verfügung stellt, um die steigenden Ausgaben in vielen Bereichen zu decken.

Doch nun zu meiner persönlichen 100 Tage Bilanz: Inzwischen sind meine beiden Büros funktionsfähig und eingerichtet. Im Wiesbaden ist meine Mitarbeiterin Svaantje Schröder dienstags und am Freitagvormittag erreichbar. Im Bad Homburger Büro in der Louisenstraße 99 unterstützt mich als Büroleiterin ein für euch alle bekanntes Gesicht, die Usinger SPD-Vorsitzende Birgit Hahn. Birgit ist dort Dienstag-, Donnerstag- und Freitagvormittag sowie am Mittwochnachmittag erreichbar. Außerdem unterstützt mich mein neuer Mitarbeiter Klaus Wiescher.

Im Februar haben sich die Ausschüsse konstituiert. Ich bin Mitglied im Petitionsausschuss, sowie im Wirtschaftsausschuss und im Unterausschuss für Datenschutz. Im Wirtschaftsausschuss, wo ich Sprecherin der SPD für den Bereich Mittelstand und Handwerk bin, habe ich bereits mein erstes großes Projekt und zwar habe ich für die SPD den Entwurf eines neuen Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes erarbeitet und nach Ostern in einer Pressekonferenz gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel der Öffentlichkeit vorgestellt. Ich bin stolz, dass die Fraktionsspitze mir so schnell ein so anspruchsvolles und wichtiges Projekt anvertraut hat. Die Pressemeldung zu dem Gesetzentwurf, der im kommenden Plenum behandelt wird sowie meine erste Rede im Landtag zum Gesetzentwurf der Linken in der Plenarsitzung im März findet ihr auf den folgenden Seiten. Die Vorbereitungen zu diesem Thema waren sehr aufwändig und ich habe viele Gespräche mit Gewerkschaften, Handwerkern, der Kreishandwerkskammer, mittelständischen Unternehmern und Revisionsstellen geführt.

Genauso wichtig wie die Arbeit in Wiesbaden ist für mich aber die Arbeit hier vor Ort. Gerade mache ich meine „Antrittsbesuche“ bei den Bürgermeistern und bin so viel wie möglich im Wahlkreis präsent. Als langjährige Kommunalpolitikerin weiß ich wie wichtig es ist, die direkten Kontakte vor Ort zu pflegen, auch um Impulse für die politische Arbeit zu gewinnen.

Ich freue mich auf eine weiterhin spannende Zeit in Wiesbaden und die Zusammenarbeit mit Euch!

Eure

Elke

1. Arbeit im Hessischen Landtag

- Wirtschaftsausschuss

Meine erste Rede im Landtag zu Thema „Tariftreue und Vergabe“

Elke Barth (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Gesprächen mit den Kreishandwerkskammern und mittelständischen Unternehmen zum Thema „Tariftreue und Vergabe“ wurde mir häufig berichtet, dass mittlere und erst recht kleinere Unternehmen vor Ort kaum noch an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Alleiniger Grund hierfür ist, dass sie dem Preisdruck, dem Preisdumping bei öffentlichen Ausschreibungen nicht mehr standhalten können.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Fazit: Für kleinere, für lokale, für mittelständische Unternehmen ist die öffentliche Hand mit ihren Ausschreibungen in Hessen kein attraktiver Arbeitgeber. Sie zahlt einfach zu schlecht. Das sollte uns zu denken geben.

Insofern war ich schon ziemlich überrascht, weshalb Sie Ihr Vergabegesetz im vergangenen Jahr Mittelstandsförderungsgesetz genannt haben, meine Damen und Herren von CDU und FDP; denn Mittelstandsförderung bei Ausschreibungen ist nur mit einem funktionierenden Tariftreuegesetz möglich. Nur so können Sie die Preisspirale nach unten aufhalten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Nachdem die SPD auf Bundesebene in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU den Mindestlohn mühsam durchgesetzt hat – liebe Janine Wissler, ohne die SPD hätten wir 2020 noch keinen Mindestlohn –

(Beifall bei der SPD)

und die GRÜNEN nun in ihrem Koalitionsvertrag auf Landesebene dankenswerterweise die Tariftreue, hoffe ich doch, dass uns allen klar ist, dass das Vergabegesetz, welches hier im letzten Jahr verabschiedet wurde, noch um wesentliche Punkte zu erweitern ist und dabei auch sonst noch einige Schwächen zu korrigieren sind. Lassen Sie es uns dieses Mal richtig machen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass wir uns etwas mehr Zeit gelassen hätten, meine Damen und Herren von der LINKEN, liebe Janine Wissler. Es geht nicht darum, wer hier „Erster“ schreien darf, es geht darum, dass wir endlich ein wirkungsvolles Gesetz schaffen, welches Dumpinglöhne verhindert und Missbrauche einschränkt, ein Gesetz, welches die endlosen Ketten von Subsubunternehmen, die inzwischen alle größeren Baustellen unseres Landes dominieren, durchbricht.

Hier komme ich auch zum Punkt. Das beste Gesetz nutzt nichts, wenn es nicht wirkungsvoll kontrolliert wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein Beispiel für ein gutes Gesetz aber versagende Kontrolle haben wir gerade vor drei Wochen im Frankfurter Europaviertel gesehen. Sie haben es schon angesprochen. Gesetzlich ist hier eigentlich alles auf dem Gleis: Wir haben einen für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn von etwas über 11 €. Wir haben das Arbeitnehmerentendegesetz, welches auch adäquate Sanktionen vorsieht. Meine Damen und Herren, was aber nutzt das, wenn die Arbeiter erst auf die Straße gehen müssen, damit es überhaupt auffällt, dass diese Gesetze hier nicht eingehalten werden? Offensichtlich fehlen hier Kontrollmechanismen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, der Zoll kann das sicherlich nicht alleine leisten, denn auch dort ist die personelle Ausstattung nicht ausreichend. Auch sollten wir schon vorher ansetzen, damit der Zoll gar nicht mehr so viel aufdecken muss. Glauben Sie im Ernst, dass die Sub-Sub-Unternehmer, die hier gegen Gesetze verstoßen und gegen die jetzt wahrscheinlich auch ermittelt wird, in zwei Jahren überhaupt noch existieren?

Sie wissen genau: Diese Baustelle ist kein Einzelfall. Seit Jahren geht es auch auf Baustellen der öffentlichen Hand genauso zu. Beispiele, so sie denn entdeckt werden, gehen immer wieder durch die Presse.

Über genau diesen Punkt – wie wir wirkungsvolle Kontrollmechanismen etablieren können – möchte die SPD nochmals genauer nachdenken. Deshalb hätte ich mir aus aktuellem Anlass gewünscht, dass wir hier etwas überlegter vorgehen, statt nur die alten Gesetzentwürfe wieder aus der Schublade zu holen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Außerdem ergibt es aus unserer Sicht keinen Sinn, hier einen Mindestlohn von 10 € pro Stunde aufzurufen, wenn wir uns im Bund auf 8,50 € geeinigt haben. Das macht die Sache nicht einfacher.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir haben uns nicht geeinigt!)

– Herr Schaus, aber diese Einigung besteht doch. Wir können hier nicht mit verschiedenen Beträgen agieren.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Da wir leider zu den letzten drei Bundesländern gehören, die noch kein Tariftreuegesetz haben, heißt das auch: Es gibt viele Bundesländer, die uns voraus sind. Von deren Erfahrungen, deren Best-Practice-Beispielen können wir profitieren, ehe wir ein Gesetz beschließen, welches entscheidende Mängel hat. Lassen Sie uns gemeinsam nachdenken, wie z. B. eine einzurichtende Prüfbehörde oder Kontrollstelle auszugestalten ist. Auch die Prüffintensität und weitere Details sollten wir konkretisieren, bevor wir an dieser Stelle einen zahnlosen Tiger schaffen.

Wir sind auch bei Ihnen – an die Adresse der LINKEN –, was die Aufnahme sogenannter vergabefremder Kriterien anbelangt. Denn wir sind mit Ihnen der Meinung, dass ein Engagement in der Ausbildung oder hohe Maßstäbe beim Umweltschutz – um nur zwei Bereiche zu nennen – keine Wettbewerbshemmnisse sind, sondern Punkte, die zu einem Wettbewerbsvorteil führen sollten, wenn sich ein Bieter hier vorbildlich verhält.

Liebe Kollegen der CDU, es sind doch meist die mittelständischen und lokalen Unternehmen, die hier vorbildlich sind und die Sie mit Ihren Gesetzen fördern wollen. Das sind die Unternehmen, die ausbilden. Wollen Sie das nicht honorieren? Aber nur, wenn diese Kriterien in die Angebotsbewertung einfließen, schaffen wir es, wirtschaftliche Anreize für hohe Standards zu bieten.

Herr Klose, das sollten wir übrigens gleich hier im Gesetz festschreiben und nicht erst den weiteren Trägern ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Gern steigen wir in die Beratung ein. Auch wir wünschen uns zeitnah eine Novellierung des vorliegenden Vergabegesetzes, denn das ist unvollständig und enthält gravierende Fehler.

In der generellen Zielrichtung ist der heute vorliegende Gesetzentwurf in unserem Sinne. Ein Teil daraus stammt auch aus dem letzten SPD-Gesetzentwurf, den wir vor Ihnen verfasst haben. Aber einige Punkte sollten wir noch aktuellen Erkenntnissen folgend weiterdenken und verändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Barth.

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede unserer Kollegin Elke Barth hier in diesem Hause. Herzlichen Glückwunsch, das hast du gut gemacht.

(Allgemeiner Beifall)

02. Mai 2014

Pressemitteilung zum Vergabegesetz

Elke Barth (SPD): Wirkungsvolles Tariftreue- und Vergabegesetz in Hessen schaffen

Die mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Elke Barth, hat heute einen Entwurf der SPD für ein Tariftreue- und Vergabegesetz vorgestellt. „Bereits 2012 hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ein Tariftreue- und Vergabegesetz in Hessen erarbeitet, um mittelständische Betriebe in Hessen vor Dumpingkonkurrenz zu schützen und um zu verhindern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Niedriglöhnen ausgesetzt sind. Die SPD-Fraktion hat diesen Gesetzentwurf überarbeitet und neue Regelungen entwickelt, die die Rahmenbedingungen für die kleinen und mittelständischen Betriebe und Unternehmen weiterhin verbessert, sozialen und ökonomischen Herausforderungen und insbesondere der Notwendigkeit wirkungsvoller Kontrolle Rechnung trägt“, sagte die SPD-Politikerin am Freitag in Wiesbaden.

Öffentliche Aufträge machten etwa 20 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts und damit einen bedeutsamen Anteil der Wirtschaftskraft in Deutschland aus. Der öffentliche Bereich müsse schon aufgrund seiner hohen ökonomischen Bedeutung Vorbildcharakter haben. Daher habe die SPD festgelegt, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die nach Tarif entlohnen – unabhängig von der Höhe des Auftragswerts.

Der Gesetzentwurf regelt auch die Grenzen für freihändige Vergaben, beschränkte und öffentliche Ausschreibungen neu. „Der Bundesrechnungshof hat bereits im Februar 2012 in einer Untersuchung anhand von 16 000 Vergaben festgestellt, dass die öffentliche Ausschreibung wirtschaftlichere Ergebnisse sowie einen besseren Schutz vor Korruption biete“, so Barth.

„Weitere wichtige Regelungen im Gesetzentwurf sind die Berücksichtigung der Erstausbildung und ökologischer Kriterien bei der Vergabe des Auftrages. Bei einem wirtschaftlich gleichen Angebot erhält das Unternehmen den Zuschlag, das in der Erstausbildung engagiert ist oder ökologische Kriterien im Betrieb berücksichtigt. „Meist sind es doch die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort, die ausbilden und ihre Mitarbeiter anständig bezahlen. Das muss positiv bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden“, so Barth. Besonders wichtig sei auch, dass der eigentliche Auftragnehmer bei Verstößen von ihm beauftragter Nachunternehmer zur Verantwortung gezogen werden solle. Denn insbesondere im Baubereich wird bei größeren Aufträgen nur noch mit Subunternehmerketten gearbeitet. Dieser Entwicklung müsse Rechnung getragen werden.

„Das beste Gesetz ist wirkungslos, wenn es nicht kontrolliert wird. Aus diesem Grund wollen wir endlich eine Prüfbehörde im für Wirtschaft zuständigen Ministerium einrichten. Diese Prüfbehörde führt stichprobenartig und Anlass bezogen Kontrollen durch. Ziel ist es, etwa fünf Prozent aller öffentlichen Vergaben zu kontrollieren. Auch im öffentlichen Baubereich gibt es kaum Großprojekte, bei denen keine Verstöße festzustellen sind. Gerade der Bereich der Kontrolle ist in Hessen unzureichend geregelt und daher unbedingt zu verbessern,“ sagte die Sozialdemokratin.

FR. 3.05.14

SPD dringt auf Vergabegesetz

Entwurf vorgelegt

Öffentliche Aufträge sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dabei müssen die Auftragnehmer nach Ansicht der SPD noch Verantwortung für Subfirmen übernehmen, von denen sie Arbeiten erledigen lassen.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf stellte die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth am Freitag vor. Sie verlangt, dass die Vergaben wirkungsvoll kontrolliert werden müssen. Im Wirtschaftsministerium solle daher eine Prüfbehörde eingerichtet werden, die mindestens fünf Prozent der Vergaben überprüfe.

Auch die schwarz-grüne Koalition hat ein Vergabegesetz angekündigt. Es soll bis zur Sommerpause eingebracht werden. pit

Zur Arbeit einer Landtagsabgeordneten gehört auch die Informationsbeschaffung zu Wahlkreis relevanten Themen, die meistens über die sogenannten „kleinen Anfragen“ geschieht. In der Folge sind es vier, die ich bisher gestellt habe.

Am 28. Januar stellte ich eine kleine Anfrage zum Thema Umbau des alten Amtsgerichtes in Usingen zur Polizeistation und den gestiegenen Kosten.

Ziel: Eine klare Aussage über den Beginn der neuen Nutzung zu erhalten.

Kleine Anfrage

der Abg. Barth (SPD) vom 28.01.2014

betreffend geplanter Umbau des ehemaligen Amtsgerichtsgebäudes in Usingen zu einer Polizeistation

Ursprünglich war geplant das durch die Gerichtszusammenlegung mit dem Amtsgericht Bad Homburg seit zwei Jahren leer stehende Gebäude des Amtsgerichts Usingen (Hochtaunuskreis) zu einer neuen Polizeistation umzubauen. Hierfür wurden im Landeshaushalt 2013 1,77 Mio. € veranschlagt. Der Umbau sollte Ende 2014/Anfang 2015 fertiggestellt werden. Laut Hessischem Justizministerium erhoffte man sich durch die Zusammenlegung der Amtsgerichte Synergieeffekte in Höhe von knapp 380.000 €. Der Umbau des leer stehenden Gebäudes zu einer Polizeistation wurde seitens der Hessischen Landesregierung ebenfalls als die wirtschaftlichere Lösung im Vergleich zu einem Neubau bezeichnet. Das Hessische Immobilienmanagement (HI) beruft sich nun überraschend auf eine "detaillierte Kostenermittlung", wonach aufgrund "erheblicher Mehrkosten" der Beginn konkreter Baumaßnahmen derzeit nicht möglich sei.

- Worin sind die nun ermittelten Mehrkosten begründet und wie hoch sind sie? Bitte um detaillierte Angaben.
- Seit wann sind dem HI die Mehrkosten bekannt?
- Waren die Mehrkosten nicht zu Beginn der Planungen absehbar? Falls nein, warum nicht?
- Welche Kosten würde ein Neubau der Polizeistation in den aktuell vorgesehenen Dimensionen verursachen?
- Ist die Hessische Landesregierung nach wie vor der Meinung, dass ein Umbau des ehemaligen Usinger Amtsgerichts, auch in Anbetracht von sich abzeichnenden Schwierigkeiten, wie z.B. dem Einbau schussicherer Fenster in dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, die wirtschaftlich sinnvollere Lösung ist als ein Neubau der Polizeistation? Falls ja, wie begründet sie diese Auffassung?
- Welche neue Zeitschiene ist nach Meinung der Hessischen Landesregierung aufgrund der aktuellen Erkenntnisse realistisch?

Am 18. März stellte ich eine kleine Anfrage zur Ansiedlung einer Kinderklinik an den Hochtaunuskliniken in Bad Homburg und nach der Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Hochtaunuskreis.

Ziel: Sicherung der kinderärztlichen Versorgung im Hochtaunuskreis.



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2014

Kleine Anfrage

der Abg. Barth (SPD) vom 18.03.2014

betreffend Ansiedlung einer Kinderklinik an den Hochtaunuskliniken in Bad Homburg

und

Antwort

des Ministers für Soziales und Integration

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Wie ist derzeit die kinderärztliche Versorgung im Hochtaunuskreis ambulant bzw. stationär sichergestellt?

Ambulante Versorgung: Nach den aktuellen Beschlüssen des Landesausschusses der Ärzte und Krankenkassen vom 13.02.2014 liegt der kinderärztliche Versorgungsgrad im Hochtaunuskreis bei 141,50 % Der Planungsbereich gilt somit als überversorgt. Insgesamt sind im Planungsbereich 18 Kinderärzte mit 16 Versorgungsaufträgen tätig, von denen ein Kinderarzt die Schwerpunktbezeichnung Neonatologie und ein Arzt die Schwerpunktbezeichnung Neuropädiatrie führt.

Stationäre Versorgung: Die stationäre Versorgung wird durch die Kinderkliniken in Frankfurt (Klinikum Frankfurt-Höchst, Frankfurter Stiftungskrankenhäuser, Uniklinik Frankfurt am Main) sowie die Kinderkliniken in Limburg (St. Vinzenz-Krankenhaus) und Gießen (Uniklinik) sichergestellt.

Frage 2. Teilt das Ministerium die Einschätzung, dass die Ansiedlung einer Kinderklinik mit einer kinderärztlichen Notfallversorgung am Standort der Hochtaunuskliniken in Bad Homburg erforderlich ist?

Frage 3. Wird das Ministerium dem Antrag auf Aufnahme der Kinderklinik in den Krankenhausrahmenplan zustimmen? Wie wird die Entscheidung begründet?

Die Fragen 2 und 3 werden wie folgt gemeinsam beantwortet:

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration wird den Antrag der Hochtaunuskliniken ablehnen, weil für die Einrichtung einer eigenständigen Kinderklinik in Bad Homburg angesichts der in unmittelbarer Nähe befindlichen Frankfurter Kinderkliniken kein Bedarf besteht. Das Ministerium wird allerdings Hilfe anbieten, sollte es Engpässe bei der ambulanten kinderärztlichen Versorgung außerhalb der sprechstundenfreien Zeiten geben.

Frage 4. Wann ist mit der Entscheidung zu rechnen?

Ein Bescheid wird es noch im April 2014 geben.

Frage 5. Welchen Umfang und welche Personalausstattung sollte nach Meinung der Landesregierung eine neu zu schaffende Kinderklinik am Standort Bad Homburg haben?

Frage 6. Welche Investitionen sind für die Ansiedlung einer Kinderklinik in Bad Homburg erforderlich und wie wird sich das Land beteiligen?

Frage 7. Welche weiteren Maßnahmen sind in der Versorgung des Hochtaunuskreis im Hinblick auf die Versorgung der Kinder im Hochtaunuskreis zu ergreifen?

Bitte um schriftliche Beantwortung der Fragen bis zum 15. Mai 2014.

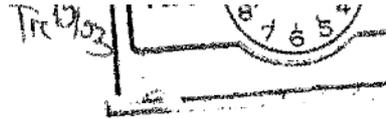
Wahlkreis 4, 1. Wahlbezirk

Wahlkreisminister

Kleine Anfrage

der Abg. Barth (SPD)

betreffend Ansiedlung einer Kinderklinik an den Hochtaunuskliniken in Bad Homburg



Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist derzeit die kinderärztliche Versorgung im Hochtaunuskreis ambulant bzw. stationär sichergestellt?
2. Teilt das Ministerium die Einschätzung, dass die Ansiedlung einer Kinderklinik mit einer kinderärztlichen Notfallversorgung am Standort der Hochtaunuskliniken in Bad Homburg erforderlich ist?
3. Wird das Ministerium dem Antrag auf Aufnahme der Kinderklinik in den Krankenhausrahmenplan zustimmen? Wie wird die Entscheidung begründet?
4. Wann ist mit der Entscheidung zu rechnen?
5. Welchen Umfang und welche Personalausstattung sollte nach Meinung der Landesregierung eine neu zu schaffende Kinderklinik am Standort Bad Homburg haben?
6. Welche Investitionen sind für die Ansiedlung einer Kinderklinik in Bad Homburg erforderlich und wie wird sich das Land beteiligen?
7. Welche Mittel wird der Hochtaunuskreis für die Ansiedlung einer Kinderklinik in Bad Homburg aufwenden müssen?

Wiesbaden, 18.03.2014

Am 27. März stellte ich eine kleine Anfrage zur Public Viewing-Veranstaltungen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft in Hessen, inwieweit vorgesehen ist eine Verordnung über den Lärmschutz bei Veranstaltungen nach 22:00 Uhr.

Ziel: Klärung zur Planungssicherheit und Organisation für Städte und Gemeinden.

**Kleine Anfrage
der Abg. Barth, Faeser und Rudolph (SPD)**



betreffend Voraussetzung für Public Viewing zur Fußballweltmeisterschaft

Vorbemerkung:

Um zur Fußballweltmeisterschaft 2014 über 22.00 Uhr hinaus Public-Viewing-Veranstaltungen durchführen zu können bedarf es einer entsprechenden Verordnung über den Lärmschutz, wie sie in der Vergangenheit bereits erlassen worden war. Städte und Gemeinden benötigen zu Planung und Organisation der Veranstaltungen eine angemessene Vorlaufzeit.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Beabsichtigt die Landesregierung, auch zur Fußballweltmeisterschaft 2014 eine Verordnung über den Lärmschutz zu erlassen, die es den Städten und Gemeinden ermöglicht, Public-Viewing-Veranstaltungen durchzuführen?
2. Wann ist mit der Verordnung zu rechnen?

Wiesbaden, 27. März 2014

Am 23. April stellte ich eine kleine Anfrage zur Finanzierung von Beratungsstellen nach §219 StGB im Hochtaunuskreis.

Ziel: Erkenntnis darüber, ob im Hochtaunuskreis die Förderung der Beratungsstelle, die von Pro Familia eingerichtet ist, voll ausgeschöpft ist.

Kleine Anfrage

der Abg. Barth (SPD)

betreffend Finanzierung von Beratungsstellen nach § 219 StGB im Hochtaunuskreis Hessen

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Das Land Hessen fördert nach dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) vom 14. Dezember 2006 die Beratungsstellen für Schwangerenkonfliktberatung nach § 219 Strafgesetzbuch (StGB) mit 80 % der anerkannten Personalkosten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchem Schlüssel wird die Zahl der anerkannten Personalstellen für die Beratung nach § 219 StGB berechnet?
2. Wie hoch müsste die Zahl der anerkannten Personalstellen nach diesem Schlüssel im Hochtaunuskreis sein?
3. Welche Einrichtungen im Hochtaunuskreis führen Beratungen nach § 219 StGB durch und wie hoch ist jeweils die Zahl der dafür vorhandenen und vom Land geförderten Stellen?
4. Welche Beratungsstellen außerhalb des Hochtaunuskreises werden für die Versorgung mit welchen Anteilen angerechnet?

Wiesbaden, den 23 .April 2014

Aktionen im Landtag

Planspiel „Wir sind Abgeordnete“



Mehrmals im Jahr haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit über ihre Schule an einem Planspiel im Hessischen Landtag teilzunehmen. Dieses Mal im Februar waren Schulen aus Altenstadt und Oberursel dabei. Als Wahlkreisabgeordnete für den Hochtaunuskreis war es mir ein Vergnügen den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in meine Tätigkeit als Abgeordnete zu geben. Engagiert waren die jungen Leute dabei, die auf unseren Plätzen im Plenum

Landtagsatmosphäre schnuppern konnten und über das Planspiel einen realitätsnahen Einblick in die Abläufe der Arbeit im Landtag bekamen.

Mir ist bei dieser Veranstaltung wieder einmal bewusst geworden, dass sich junge Leute intensiv mit politischen Themen auseinander setzen und dazu auch Stellung beziehen. Die Aufgabe der Parteien ist es, sich jugendgerecht für die Diskussion und Teilhabe einzustellen und mit Hilfe der politischen Jugendorganisationen einen intensiven Austausch zu suchen und zu pflegen.

Girls Day 2014



Mädchen interessieren sich für Landespolitik

Aus Anlass des Girls Day 2014 besuchten vier Jugendliche aus dem Hochtaunuskreis auf Einladung der Landtagsabgeordneten Elke Barth die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Sie erhielten eine Einführung in die Arbeit des Landtages, lernten die Aufgaben einer Fraktion kennen und konnten anschließend die SPD-Abgeordneten zu speziellen Themen befragen.

So interessierten sie sich insbesondere für die Haltung der SPD in der Schulpolitik. Auf Zustimmung stieß bei den jungen Damen die Ablehnung der G8-Regelung. Der Begriff Ältestenrat und dessen Aufgaben beschäftigte die Fragenden ebenso was hinter der AfD stecke.

Zum Schluss rundete eine Führung durch den Landtag den Tag in Wiesbaden ab. Beeindruckt waren die Mädchen von dem imposanten Gebäude, der Helligkeit und dem Plenum.

Besuche vor Ort:

Besuch der DRK-Lebensmittelausgabe „Aufgetischt“ in Usingen

Mit Beginn meiner Amtszeit als Landtagsabgeordnete hatte ich mir vorgenommen, auch soziale Einrichtungen in meinem Wahlkreis zu besuchen. So konnte ich die Lebensmittelausgabe „Aufgetischt“ des Deutschen Roten Kreuzes in Usingen kennenlernen und wichtige Eindrücke mitnehmen. Unter äußerst beengten Bedingungen leisten hier insgesamt 48 Ehrenamtliche an zwei Tagen wöchentlich in 50 Wochen im Jahr schwere Arbeit, um Familien und Einzelpersonen zu unterstützen. Gut organisiert, pragmatisch in der Handhabung gestaltet sich der Tagesablauf mit Warenabholung, dem Sortieren, dem Packen und der Abfallentsorgung. Die Körbe werden anonym gepackt, im Wechsel von unterschiedlichen Helferinnen, so dass eine Bevorzugung oder Benachteiligung allein schon dadurch ausgeschlossen ist. Dringend erforderlich sind auf jeden Fall neue und größere Räumlichkeiten und Geld, um das zu realisieren.



- **Ratschlag II – Sozialer Hochtaunus**

Mit 17 Organisationen und Einrichtungen im Hochtaunuskreis fand der 2. Ratschlag – Sozialer Hochtaunuskreis am 21. März in Bad Homburg statt. Mit dabei Katrin Hechler (Sozialdezernentin im HTK), Achim Schabedoth (MdB) und ich als Landtagsabgeordnete. Zunächst gaben wir drei nacheinander einen Sachstandsbericht über die mitgenommenen Informationen und Darstellungen/Fragen der 1. Ratschlags im August 2013. Danach kamen wieder etliche Problemschilderungen aus den unterschiedlichen sozialen Diensten auf den Tisch, die wir je nach unserem Aufgabengebiet mitnahmen. So entstand für mich die kleine Anfrage in Sachen Umsetzung des Ausführungsgesetzes zur Schwangeren-Konfliktberatung. Auf die Beantwortung warte ich nun, um diese beim 3. Treffen darlegen zu können.

- **Betriebsrätetreffen**

Wiederum gemeinsam mit Katrin Hechler, Achim Schabedoth und mir fand ein Treffen mit Betriebsräten aus dem HTK am 26. März im UB-Büro statt.

Pressearbeit

Usinger Anzeiger

Usingen 23.01.2014

Ist ein Neubau wirtschaftlicher?

AMTSGERICHT SPD-Landtagsabgeordnete kritisiert „dilettantische“ Kostenermittlung

USINGEN - (bu). „Ein Wirtschaftsunternehmen würde an solchen Entscheidungen Pleitegehen“, stellt Elke Barth fest, die neue SPD-Landtagsabgeordnete aus dem Hochtaunuskreis. Sie kommentiert die Aussagen des Hessischen Immobilienmanagements (HIM), wonach die geplanten und im Landeshaushalt 2013 ausgewiesenen 1,77 Millionen Euro für den Umbau des leer stehenden Usinger Amtsgerichts zur Polizeistation nicht ausreichen und ein Baubeginn nicht absehbar ist. Bevor, so Barth, eine Abteilung geschlossen, andere umorganisiert und Baumaßnahmen in Angriff genommen würden, hätte sich ein wirtschaftlich tätiges Unternehmen zunächst mit allen Positionen beschäftigt, sämtliche Kosten zusammengetragen und – soweit eine Arbeitnehmervertretung vorhanden – diese mit eingebunden.

Im Fall der Schließung des Amtsgerichtes sei anscheinend nur eine Wunschzahl vorhanden, die sich bei näherer Befassung als völlig überzogen entpuppte. Genauso sei es wohl mit den Umbaukosten für die zukünftige Polizeidienststelle geschehen. „Dilettantisch und auf Kosten der Polizeibeamten der Usinger Polizeistation, die schon viele Jahre unter räumlich äußerst angespannter Lage arbeiten und auf einen Neubau warten“, beklagt Barth. Endlich seien Pläne vorhanden gewesen und nicht nur ein Hoffnungsschimmer auf eine Entzerrung der Situation in Sicht. Doch wieder einmal zeige sich die Inkompetenz der Entscheidungsträger und keine Lösung der bekannten Probleme. Je länger das Gebäude jetzt leer stehe, umso mehr würden die Sanierungs- und Umbaukosten noch zusätzlich steigen. Es stelle sich inzwischen wirklich die Frage, ob ein Neubau für die Polizei nicht wirtschaftlicher sei als der Umbau.

Barth will eine Auflistung der genauen Baukosten für beide Projekte erhalten und eine rasche Entscheidung für den Landeshaushalt 2015 beantragen.

07. März 2014

Elke Barth (SPD): Land Hessen fördert Chopin-Gesellschaft Taunus in Oberursel

Musische Förderung im Hochtaunuskreis. Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat der in **Oberursel** ansässigen Chopin-Gesellschaft Taunus eine Projektförderung in Höhe von **1.500 Euro** bewilligt. Das teilte die SPD-Landtagsabgeordnete für den Hochtaunuskreis Elke Barth am Vormittag in Bad Homburg mit. Die Gelder sind zweckgebunden und sollen im laufenden Kalenderjahr für Veranstaltungen wie die Chopiniade, ein Gesprächskonzert sowie für einen Klavierabend verwendet werden. Die Abgeordnete Elke Barth begrüßte die Entscheidung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. „Hier findet eine Würdigung vorbildlichen ehrenamtlichen Engagements im musischen Bereich statt, das es wirklich verdient hat. Da Kultur ein Zuschuss-Geschäft ist, kann sich jede Kommune freuen, die so engagierte ehrenamtliche

Mitstreiter hat, wie die Chopin Gesellschaft unter der liebevollen Leitung von Ilse Schwarz-Schiller“, freut sich Barth.

05. April 2014

Kinderklinik: Politik muss ehrlich sein!

Für die Landtagsabgeordnete Elke Barth tut die CDU beim Thema Kinderklinik gerade so, als ob sie in der Opposition sei. Da ist die Partei auf allen Entscheidungsebenen, sowohl beim Land Hessen als auch im Hochtaunuskreis in jahrelanger Regierungsverantwortung und führt trotzdem in bester Oppositionsmanier Unterschriftensammlungen durch - und ist nun völlig überrascht über die Entscheidung des Ministeriums.

Dabei nutzt Holger Bellino, Gründungsmitglied des Fördervereins, vor allem aber Mitglied des Landtags und parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion in Wiesbaden sonst sehr gerne seine guten Kontakte in die Ministerien. „Weshalb hat er es in diesem Fall nicht getan?“ so Elke Barth.

Um bei diesem wichtigen Thema eine sachliche Grundlage zu schaffen, hat die Landtagsabgeordnete daher am 18. März eine Anfrage (siehe Anlage) an das Ministerium gestellt, um herauszufinden, ob eine realistische Chance für das Vorhaben besteht. Für die Beantwortung durch das Sozialministerium gilt eine 4 Wochen Frist – „Die Antwort stelle ich dann selbstverständlich gerne zur Verfügung“ so die Abgeordnete.

„Der Elternwunsch nach einer nah gelegenen Kinderklinik ist berechtigt und absolut nachvollziehbar, daher finde ich es beschämend, wie hier das Thema parteipolitisch vermarktet wird. So sollten wir nicht mit den Sorgen und Wünschen der Menschen umgehen. Politik muss hier ehrlich sein!“

Die CDU hatte durch ihre Regierungsverantwortung auf den beiden Entscheidungsebenen Land und Kreis zu jedem Zeitpunkt die allerbesten Möglichkeiten, die Chancen für die Kinderklinik auszuloten und sich dort dafür stark zu machen. „Warum haben Landrat Krebs und der Kollege Bellino scheinbar bis heute nicht das Gespräch mit dem zuständigen Ministerium gesucht? Dort wäre der richtige Ort gewesen sich vorab zu informieren und um Überzeugungsarbeit zu leisten, nicht in der Lokalpresse und auf der Straße“ so die Landtagsabgeordnete abschließend.

11. April 2014

Elke Barth gratuliert

„Das ist vorbildlich!“ zeigt sich die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth begeistert über den 1. Preis der Philipp-Reis-Schule Friedrichsdorf. In der Altersgruppe bis 18 Jahre gewannen Schülerinnen und Schüler mit dem Konzept „Media-Coaches – Anti-Cybermobbing“. Die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) in Kassel lobte zum elften Mal den MediaSurfer – MedienkompetenzPreis Hessen aus. Die SPD-Politikerin gratulierte zu diesem Preis in einem persönlichen. Die Vielfalt der technischen Möglichkeiten in Sachen Kommunikation sei auf der einen Seite für Schülerinnen und Schüler eine tolle Sache, berge jedoch auch jede Menge Gefahren. Dass sich die jungen Leute mit dieser Seite der Medaille konstruktiv auseinandersetzen und anderen hilfreich beratend als Media-Coaches zur Seite stünden, verdiene diese besondere Auszeichnung zu Recht, betonte Barth.

Ebenso gratulierte die Landtagsabgeordnete der Integrierten Gesamtschule Stierstadt, deren Beitrag in der Altersgruppe bis 15 Jahre ein TV-Programm darstellt und den zweiten Platz gewann.

Unter dem Titel „IGS-TV – der neue Fernsehsender der IGS“ produzierten Schülerinnen und Schüler einer achten Klasse fächerübergreifend in diesem Programm Nachrichtenbeiträge, eine Romanverfilmung und einen Kurzfilm und das in Eigenregie. „Davor ziehe ich meinen Hut.“ gratulierte Barth auch hier schriftlich.

Arbeit im Hochtaunuskreis

Auszug aus meinem Terminkalender

Januar 2014

- Teilnahme am Heringessen der SPD Oberursel-Oberstedten
- Teilnahme am Neujahrsempfang der SPD Oberursel
- Teilnahme am Neujahrsempfang der SPD HG-Ober-Eschbach

Februar 2014

- Teilnahme am Grünkohlessen der SPD Grävenwiesbach
- Teilnahme am Jahresempfang der Aktionsgemeinschaft Hochtaunuskliniken in HG
- Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband: Gespräch mit Geschäftsführer M. Gonzales: Soziale Aufgaben
- Besuch der Karnevalssitzung Heiterkeit in HG-Kirdorf
- Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Bad Homburger Jusos
- Besuch der Fremdensitzung des FdC in HG-Obererlenbach
- Teilnahme am Jahresempfang des VDK in Kronberg
- Besuch der Fremdensitzung des HCV im Kurhaus
- Teilnahme an der Ortsbegehung in Kirdorf
- Besuch der Faschingssitzung in Usingen-Merzhausen
- Vergaberecht: Gespräche mit Handwerkern und Besuch der Kreishandwerkerschaft in Bad Homburg;
- Besuch beim DGB in Frankfurt/M.
- Besuch der Vorstellung des landesweiten Schulwettbewerbs „Dialog der Kulturen“ im Landratsamt HG
- Besuch der Akademischen Feier zur Einweihung des Hallenneubaus der HTG in Bad Homburg

März 2014

- Teilnahme am Rosenmontagsumzug in Hundstadt
- Teilnahme am Fastnachtumzug in Kronberg Oberhöchstadt
- Teilnahme am Katerfrühstück im Kurhaus Bad Homburg
- Teilnahme am Heringessen der SPD Neu-Anspach
- Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der SPD Wehrheim
- Teilnahme am internationalen Frauentag „Tanzen verbindet“ in Usingen

- Monatliches Koordinationsgespräch mit der 1. Kreisbeigeordneten Katrin Hechler und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Joachim Schabedoth
- 2. Ratschlag „Hochtaunus sozial“ mit Katrin Hechler (Sozialdezernentin im HTK) und Achim Schabedoth (MdL)
- Saisonauftakt und Ausstellungseröffnung 40 Jahre Hessenpark
- Betriebsräte-Treffen mit Achim Schabedoth und Katrin Hechler
- Teilnahme an der Eröffnung der 2. Usinger Gesundheitsmesse
- EU-Projekttag an Schulen: Besuch der GaG

April 2014

- Teilnahme am Erfahrungsaustausch „Politik meets Wirtschaft“ der Bundesagentur für Arbeit Bad Homburg
- Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der SPD Usingen
- Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der AsF Hochtaunus
- Teilnahme der Ortsbegehung Bad Homburg / Ober Erlenbach
- Jubiläumsfeier des Hospizvereins Bad Homburg in der Englischen Kirche
- Besuch bei der DRK-Lebensmittelausgabe „Aufgetischt“
- Antrittsbesuch beim Usinger Bürgermeister Steffen Wernard
- Teilnahme an der JHV des SPD-OB Obererlenbach
- Einweihung Tagesstätte Perspektiven e.V. Steinbach
- Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der SPD Weilrod
- Jahresempfang der SPD Hochtaunus auf der Saalburg mit Udo Bullmann (MdEP)

Mai 2014

- Besuch der Hochtaunusklinken Bad Homburg mit Thomas Spieß (MdL), Katrin Hechler und Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion
- Teilnahme an der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an W. Assmann
- Besuch der Abenddiskussion der Herbert Quandt Stiftung